Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Al-Chafia Hammadi
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Georg Berner-Waindok
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied Die Linke

beratendes Mitglied Florian Wiese

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

Behindertenvertretung

beratendes Mitglied Sabine Gastmann

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Fachbereich 50 Michael Koch

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Andreas Lang
Ausschussmitglied Irina Moriße-Kappes
Ausschussmitglied Christian Ressel
Ausschussmitglied Kerrin Volkmann
beratendes Mitglied Uwe Wessels

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.01.2017	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen	**54/2017**
4.2	Zuschussrichtlinien für den Sozialfonds	**60/2017**
5	Mitteilungen und Anfragen	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Herr Resse leitete die Sitzung anstelle des ebenfalls anwesenden Vorsitzenden Herrn Hammadi, da dieser aus gesundheitlichen Gründen gehandicapt war.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.01.2017

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.01.2017, Nr. 1/2017, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen **54/2017**

Zunächst bedankte sich Frau Gastmann bei der Verwaltung, dass diese sich dem Thema angenommen habe und in enger Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat die Satzung entwickelt habe.
Ebenso begrüßte sie die gegenseitige Vertretung in den jeweiligen Gremien und betonte die gute Betreuung durch Herrn Koch. Auch dankte sie für den erneut bewilligten Etat des Behindertenbeirates.

Als einzigen Kritikpunkt brachte sie vor, dass das für die Satzung verwandte Schriftbild nicht barrierefrei sei und somit gerade für Menschen mit einer Sehbehinderung problematisch sei.
Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Rübsamen, dass es sich hier um ein für die gesamte Verwaltung vorgeschriebenes Schriftbild handle, forderte sie die Verwaltung allgemein dazu auf, dieses Schriftbild aufgrund der nicht gegebenen Barrierefreiheit nochmals zu überdenken.
Auch Herr Walpurgis und Herr Reese unterstützten dieses Anliegen und sahen hier eine Notwendigkeit auf Ausnahmen für z.B. den Behinderten- und Seniorenbeirat.
Herr Stoffers nahm die Anregung auf.

Anschließend führte Herr Stoffers die gesetzlichen Voraussetzungen für den Erlass der Satzung aus und ging auf die Entstehung des Behindertenbeirates im Jahre 1982 ein. In der nun vorliegenden Satzung wurden der damalige und alle folgenden Ratsbeschlüsse, die sich mit dem Behindertenbeirat beschäftigt haben, umgesetzt.

Herr Möhle ergänzte, dass der Behindertenbeirat seinen Ursprung im Jahre 1981 habe, als das internationale Jahr der Behinderten stattfand. Als Fortführung der damals entstandenen Strukturen wurde die Einrichtung des Behindertenbeirates beschlossen.
Bezüglich der Zusammensetzung des Beirates stellte er die Frage, weshalb hier der Sport nicht vertreten sei. Bereits seit 1981 gebe es ein jährliches Behindertensportfest und auch viele Sportvereine bemühen sich um die Belange behinderter Menschen. Im Vorstand des Stadtsportbundes gebe es eine Behindertenbeauftragte, die diese Vertretung wahrnehmen könnte.

Frau Gastmann betonte, dass der Sport für Menschen mit Behinderungen eine große Bedeutung habe. Im Bedarfsfall werden entsprechende Ansprechpartner zu den Beiratssitzungen eingeladen und auch die Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V. (Wiki) mit einer großen Sportabteilung sei im Beirat vertreten.

Herr Stoffers antwortete auf die Frage von Herrn Möhle, dass auch der ursprüngliche Ratsbeschluss keine Vertretung des Sports vorsah. Eine Aufnahme könne nur durch einen neuen Ratsbeschluss erfolgen. Er begrüßte daher den Vorschlag von Herrn Walpurgis, einen Vertreter des Stadtsportbundes zu den Beiratssitzungen einzuladen, um so eine mögliche Notwendigkeit der ständigen Vertretung feststellen zu können. Die Initiative zur Erweiterung des Gremiums würde dann direkt aus dem Beirat kommen.

Abschließend verlas Herr Reese die Vorlage 54/2017 und bat um Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt den Erlass einer Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderung (Behindertenbeirat)

4.2 Zuschussrichtlinien für den Sozialfonds **60/2017**

Zu Beginn gab Herr Stoffers bekannt, dass der Doppelhaushalt 2017/2018 genehmigt sei und somit die Mittel zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 07.12.2016 zur Einrichtung eines Sozialfonds zur Verfügung stünden.
Die Verwaltung habe auf Grundlage des Beschlusses die erforderlichen Richtlinien erarbeitet. Herr Stoffers stellte diese Richtlinien im Einzelnen vor.

Herr Möhle dankte der Verwaltung für die zügige Erarbeitung der Richtlinien und brachte zum Ausdruck, dass diese genau den Vorstellungen der Gruppe CDU/WBV entsprächen. Der im November gestellte Antrag der Gruppe CDU/WBV hatte zur Zielsetzung, dass das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden solle. Genau dieses kann durch den vorliegenden Beschluss und der dazugehörigen Richtlinien erreicht werden.

Herr Walpurgis brachte für die Gruppe „GrünUnabhängigSozial“ einen Änderungsantrag ein (*s.Anlage*).
Durch die vorgetragenen Änderungen sollen nicht nur rein ehrenamtlich geführte Einrichtungen Berücksichtigung finden. Zudem wird die Entscheidungskompetenz auf den Ausschuss verlagert, was insgesamt zu einer Stärkung des sozialen Charakters des Sozialfonds führen würde.

Er bezog sich auf die bei den Haushaltsberatungen vorliegenden Zuschussanträge, welche beim jetzigen Sachstand keine Berücksichtigung finden würden. Aber auch diese Institutionen wären dringend auf eine finanzielle Unterstützung angewiesen.

Herr Reese und auch Herr Ehlers sahen durchaus die Intention des Änderungsantrages, verwiesen jedoch beide auf den gültigen Ratsbeschluss, an den man sich zu halten habe.
Herr Ehlers verdeutlichte zudem, dass der Sozialfonds keine Daueruntersützung für laufende Kosten der Organisationen sein solle, sondern ausschließlich für innovative, neue Projekte gedacht sei.

Herr Berner-Waindok gab zu Bedenken, dass u.a. bei den Selbsthilfegruppen kein Eigenkapital vorhanden sei und es auch an „Realprojekten" fehlen würde. Hier läuft der Sozialfond ins Leere.

Auch Frau Gastmann berichtete aus eigener Erfahrung bei der GPS, dass gerade kleinere Gruppen die Hürden des Antragsverfahrens scheuen könnten. Nach einer gewissen Laufzeit müsse man überdenken, ob mit dem Sozialfonds die richtige Zielgruppe angesprochen werde.

Abschließend fasste Herr Stoffers nochmals die rechtliche Ausgangslage zusammen. Der bestehende Ratsbeschluss habe eine Mindestgültigkeit von sechs Monaten, sodass zum jetzigen Zeitpunkt keine Änderungen des Ratsbeschlusses möglich seien. Auch sei der Sozialausschuss kein Entscheidungsorgan. Bei Ausgaben unter 50.000 € entscheidet die Verwaltung, was im vorliegenden Fall natürlich in enger Abstimmung mit dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit erfolgen würde.

Herr Reese bat um Abstimmung über den Änderungsantrag.
- Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich ablehnt. -

Es folgte die Abstimmung über die Vorlage 60/2017.
Herr Reese gab für die SPD bekannt, dass diese sich vorerst enthalten werde, da die Vorlage zeitlich noch nicht in der Fraktion besprochen werden konnte. Dies werde jedoch noch vor dem Ratsbeschluss erfolgen.

Beschluss:

-mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt beschließt die anliegenden „Zuschussrichtlinien für den Sozialfonds der Stadt Wilhelmshaven"

5 Mitteilungen und Anfragen

- Keine -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:00 Uhr

Dezernent	Vorsitzende/r	Protokollführer/in